

"Stars in der Manege?" Demokratietheoretische Überlegungen zur Dynamik partizipativer Forschung

Monika Götsch, Sabine Klinger & Andreas Thiesen

Keywords:

Demokratisierung;
Exklusion;
Inklusion; Macht;
Partizipation;
partizipative
Forschung

Zusammenfassung: Partizipative Forschung hat einen demokratisierenden und damit zugleich einen gesellschaftskritischen Anspruch. Allerdings ist von den Anfängen der Aktionsforschung in den 1970er Jahren bis heute kaum reflektiert worden, welches Demokratieverständnis partizipativen Ansätzen zugrunde liegt: Wer partizipiert aus welchen Gründen, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt am Forschungsprozess? Wie stellen sich Machtverhältnisse zwischen den unterschiedlichen AkteurInnen dar? Wer sind die eigentlichen "Stars" in der Manege partizipativer qualitativer Forschung? Unter Hinzuziehung unterschiedlicher demokratietheoretischer Überlegungen wollen wir aufzeigen, wie der gesellschaftskritische Anspruch partizipativer Forschung nicht nur formuliert, sondern auch in der Praxis eingelöst werden kann.

Inhaltsverzeichnis

- [1. Einleitung](#)
- [2. Positionsbestimmungen partizipativer Forschung](#)
 - [2.1 Partizipationsbegriff\(e\)](#)
 - [2.2 Subjektive und gesellschaftspolitische Forderungen an partizipative Forschung](#)
 - [2.2.1 Anforderungen an Forschende](#)
 - [2.2.2 Anforderungen an beteiligte AkteurInnen und BürgerInnen](#)
 - [2.3 Macht und Herrschaft in der partizipativen Forschungspraxis](#)
- [3. Demokratietheoretische Überlegungen zum Verständnis partizipativer Forschung](#)
 - [3.1 Mehrheitsdemokratie und Konsensdemokratie: Unterschiedliche Konzepte der Machtverteilung und Partizipation](#)
 - [3.2 Der Begriff der BürgerInnen zwischen Gleichheit und Differenz: Ein Beispiel für Inklusion und Exklusion](#)
 - [3.3 Das Beispiel Geschlechterdemokratie: Eine Erweiterung des Demokratiebegriffs](#)
- [4. Reflexive partizipative Forschung: Eine unverbindliche Gebrauchsanweisung](#)

[Literatur](#)

[Zu den Autorinnen und zum Autor](#)

[Zitation](#)

1. Einleitung

Partizipative Forschung schien seit der "Hochkonjunktur" der Aktionsforschung in den 1970er Jahren (vgl. stellvertretend für viele: HAAG, KRÜGER, SCHWÄRZEL & WILDT 1975) lange Zeit ein Nischendasein zu fristen.¹ Der Eindruck, es handle

1 Partizipative Forschung ist nicht gleichzusetzen mit dem Ansatz der Aktionsforschung. Obgleich sich Überschneidungen aufzeigen ließen, geht es im ersten Fall um die grundsätzliche Beteiligung von Menschen im Forschungsprozess, im zweiten Fall um die Veränderung sozialer Praxis. Hierzu sollen die beteiligten Menschen durch Erkenntnisgewinn befähigt werden, selbst und aktiv ihre eigene soziale Praxis zu variieren und zu gestalten. Aufgrund unserer disziplinären Verortung im Feld der Sozialen Arbeit und einer "Denktradition", die Wissenschaft

sich bei partizipativen Ansätzen lediglich um eine bestimmte Ära in der Geschichte qualitativer Sozialforschung, besteht bis heute. Doch ist nun wirklich alles zum theoretischen und methodologischen Stand partizipativer Forschung gesagt? [1]

Zwei Entwicklungen möchten wir zum Anlass nehmen, um eine tiefer gehende Diskussion zur Qualität partizipativer Forschung anzuregen: Zum ersten erleben wir derzeit eine Art "Comeback" gesellschaftskritischer Konzepte und Methoden. So hat die Sektion Gemeinwesenarbeit der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) jüngst einen Film herausgegeben, in dem etablierte FachvertreterInnen den Versuch einer Positionsbestimmung dieser traditionsreichen partizipativen und gesellschaftskritischen Methode Sozialer Arbeit wagen. Der Film will "Studierende, Bürgerinnen und Bürger, Forschende, aber auch Fachpersonen und politisch Verantwortliche in das Gespräch bringen und ihnen aufzeigen, welche Möglichkeiten die Gemeinwesenarbeit bietet" (DGSA 2010). Der partizipative Anspruch bezieht sich also nicht nur auf die im Film verhandelten Inhalte – thematische Schwerpunkte sind unter anderem die Settlement-Bewegung, *Community Organizing*, Emanzipation statt Entmündigung, Stadtteilentwicklung, Netzwerkarbeit, Förderung von Demokratie und Menschenwürde entlang von Rechten und Bedürfnissen sowie die gemeinsame Gestaltung des sozialen Wandels –, sondern auch die Öffentlichkeit soll in die Diskussion um die Perspektiven und Risiken von Gemeinwesenarbeit einbezogen werden. [2]

Parallel zu dem Revival partizipativer Praxiskonzepte erleben wir eine verstärkte transnational geführte Auseinandersetzung mit partizipativer Forschung, wie sie letztlich auch in den Beiträgen dieser FQS-Schwerpunktausgabe zum Ausdruck kommt, und inspiriert vor allem durch die Entwicklung in den USA. Exemplarisch sei auf den 2009 an der Universität von Illinois in Urbana-Champaign stattgefundenen "Congress of Qualitative Inquiry" verwiesen, der unter der Überschrift "Advancing Human Rights Through Qualitative Research" stand. Hier findet sich möglicherweise ein Hinweis auf eine Repolitisierung qualitativer Forschung, denn auch in Teilen der partizipativen Forschung ging es, wie zuvor am Beispiel der Aktionsforschung aufgezeigt, stets um die Veränderung sozialer Praxis. [3]

Zum Zweiten ist auffällig, dass im Bereich der partizipativen Forschung trotz nennenswerter eigener Tradition und methodologischer Erweiterungen (vgl. FRIEBERTSHÄUSER, RIEGER-LADICH & WIGGER 2009 und ihr Angebot, "Forschungsperspektiven im Anschluss an Pierre BOURDIEU" zu eröffnen) kaum die strukturellen Rahmenbedingungen wissenschaftlicher Wissensproduktion reflektiert wurden (wiederum bilden FRIEBERTSHÄUSER et al. [2009] eine der wenigen Ausnahmen).² Eine solche Reflexion würde die soziale Dimension des wissenschaftlichen Diskurses und die hegemonialen Kämpfe innerhalb des

nicht als Selbstzweck, sondern als politisches Mandat begreift, beziehen wir uns im Folgenden jedoch vorrangig auf den emanzipatorischen Geist der Aktionsforschung. So gesehen könnte freilich die Frage gestellt werden, ob partizipative Forschung ohne den Anspruch der Handlungsbefähigung und der sozialen Veränderung überhaupt denkbar ist.

wissenschaftlichen (Forschungs-) Feldes beinhalten (a.a.O.). Entsprechend müssten auch die Handlungs(un)möglichkeiten der Forschenden innerhalb der strukturellen Rahmenbedingungen von Wissensproduktion fokussiert werden, um ihr Einwirken auf den Forschungs- und Entscheidungsprozess zu erkennen. [4]

Vor dem Hintergrund der bisherigen Überlegungen erscheint es uns unerlässlich, zunächst unser Verständnis von partizipativer Forschung unter Berücksichtigung ihrer historischen Reifung herauszuarbeiten und dabei vor allem die spezifische "Logik" dieser Ansätze aufzuzeigen (Abschnitt 2). Dies impliziert sowohl die Auseinandersetzung mit ihren strukturellen Voraussetzungen wie auch mit ihren ideellen Ambitionen und Zielsetzungen. Von besonderem Interesse ist die Betrachtung, inwieweit der "partizipative Imperativ" tatsächlich eingelöst werden kann. Mögliche "Lücken" im Transfer zwischen Zielen, Ansprüchen und Praxen stehen dabei im Fokus unseres Interesses. Diese, so unsere Vermutung, lassen sich nur unter besonderer Berücksichtigung demokratiethoretischer Überlegungen füllen, mit deren Hilfe die Perspektive auf Voreinstellungen und Mentalitäten aller am Forschungsprozess beteiligten AkteurInnen gerichtet wird. [5]

Die Auseinandersetzung mit Demokratietheorien, die wir daran anschließend vornehmen, wollen wir mit der Hypothese begründen, dass die "Machtfrage" in der partizipativen Forschung von Forschenden bislang eher ins reflexive Vakuum verlagert wurde (Abschnitt 3). Grundannahme ist, dass das einem konkreten Forschungssetting zugrunde liegende Demokratieverständnis Einfluss auf die Formulierung der Forschungsfragen und -ziele hat. Weiter, so unsere These, werden das Ausmaß der Beteiligung relevanter AkteurInnen, die Festlegung der Relevanz als solcher und letztlich die Forschungsergebnisse vom Demokratieverständnis – bzw., wie an unseren eigenen "Denkschulen" erkennbar, auch vom jeweiligen Wissenschaftsverständnis – der Forschenden und dem zugrunde liegenden Hierarchie- und Machtverhältnis beeinflusst. Macht, so unser Verständnis, konstituiert sich nicht nur in strukturellen Dimensionen, sondern ist, wie FOUCAULT gezeigt hat, allgegenwärtig und als produktives Phänomen gedacht. Sie wirkt unsichtbar bis in alltägliche Interaktionen hinein und ist demnach sinn- und ordnungsstiftend, d.h. welterzeugend (vgl. SEIFERT 2001). [6]

In das Zentrum unserer Überlegungen stellen wir die Wechselwirkung zwischen gesellschaftstheoretischen Bezügen und methodologischen Verfahren. Jene Reziprozität illustrieren wir am Beispiel der "Geschlechterdemokratie", wobei wir davon ausgehen, dass sich die von uns herausgearbeiteten Konsequenzen für die Forschungspraxis prinzipiell auch auf andere Heterogenitätsdimensionen wie z.B. Alter, Ethnie oder Religion übertragen lassen. Abschließen wollen wir mit einem Plädoyer für eine reflexive partizipative Forschungspraxis, welches sich auf ihren demokratisierenden Anspruch und die Grundhaltung der Forschenden bezieht. In einem resümierenden letzten Schritt vereinen wir die zuvor ermittelten Positionsbestimmungen partizipativer Forschung mit demokratiethoretischen Überlegungen. Zudem führen wir *beginner's mind* als Grundhaltung ein, um

2 Darüber hinaus ließe sich fragen, ob die Handlungsforschung eine weitere Ausnahme bildet, sofern sie der partizipativen Forschung zugerechnet werden kann.

partizipative Forschung gegenüber bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen zu sensibilisieren (Abschnitt 4). [7]

2. Positionsbestimmungen partizipativer Forschung

Wie bereits in der Einleitung nicht zufällig am Beispiel der Gemeinwesenarbeit bemerkt wurde, ist mit partizipativer Forschung häufig die Forschung in benachteiligten Milieus verbunden. Dies resultiert aus dem Verständnis der Aktionsforschung, welche in den 1970er Jahren partizipative Methoden in Deutschland vorangetragen hat:

"Aktionsforschung verstand sich unter dem Anspruch der Demokratisierung und Emanzipation von ungerechten, menschenunwürdigen, repressiven Verhältnissen und daher als Methode sozialer Veränderung. Die Verbesserung der Lebensumstände von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen machte es demzufolge notwendig, diese als aktiv Mitwirkende in den Forschungsprozess einzubeziehen, wohingegen die Forschenden ihre Dominanzrolle aufgeben sollten" (BERGOLD & THOMAS 2010, S.334). [8]

In diesem Sinne wird auch partizipative Forschung in diesem Beitrag gefasst, auch wenn ein "benachteiligtes" Setting keine zwingende Voraussetzung für partizipative Forschung darstellt. [9]

Ziel partizipativer Forschung ist es, die Beteiligten anzuregen, durch subjektive (bzw. in Gruppenprozessen oder gemeinwesenorientierten Ansätzen zusätzlich kollektive) Distanz gegenüber ihrer eigenen Betroffenheit Lernpotenziale zu gewinnen: "Diese sollen sie befähigen, die sie betreffenden Strukturen in Eigenregie zu verändern und neue Strukturen zur Bearbeitung der sie betreffenden Problematik zu schaffen" (HANSCHITZ, SCHMIDT & SCHWARZ 2009, S.84). Dabei werden in besonderer Weise die Hoffnungen und Bedürfnisse der am Forschungsprozess beteiligen AkteurInnen, z.B. Erzählpersonen, Gatekeeper oder Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), berücksichtigt. Zudem wird die eigene feldspezifische "Logik" beachtet, um die AkteurInnen u.a. im Sinne von Empowerment in ihrem "Kampf um Anerkennung" zu unterstützen (vgl. HONNETH 1994). Dies unterscheidet partizipative Forschung von anderen Forschungsansätzen, die eine solche Haltung nicht beanspruchen bzw. aufgrund von Forschungstraditionen und "Denkschulen" auch nicht einlösen können. Wie wir noch sehen werden, bedeutet dies keineswegs, dass partizipative Forschung nun eine Art "Alleskönnerin" wäre. [10]

2.1 Partizipationsbegriff(e)

Bevor wir uns mit den spezifischen Kompetenzen beschäftigen, über die Forschende und Beforschte in der partizipativen Forschung verfügen müssen, sollten wir zunächst definieren, wovon wir genau sprechen, wenn wir von Partizipation reden. Dies gestaltet sich jedoch weniger eindeutig, als die alltagssprachliche Vertrautheit des Begriffs suggerieren mag. Im Politiklexikon der Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) wird zwischen einer allgemeinen

und einer speziellen Definition von Partizipation unterschieden und auf die lateinische Begriffsbedeutung, "Teilhabe", verwiesen. Partizipation bezeichnet allgemein "die aktive Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen bei der Erledigung der gemeinsamen (politischen) Angelegenheiten bzw. der Mitglieder einer Organisation, einer Gruppe, eines Vereins etc. an den gemeinsamen Angelegenheiten" (BPB 2010, S.1). Ein spezielles Verständnis von Partizipation meint hingegen zum einen "die Teilhabe der Bevölkerung an politischen Willensbildungsprozessen, insbesondere an Wahlen und Referenden" und zum anderen "in einem rechtlichen Sinne (...) die Teilhabe der Bevölkerung an Verwaltungsentscheidungen" (a.a.O.). Partizipation wird folglich als die bewusste Mitwirkung an Entscheidungen verstanden, die das eigene Leben und gesellschaftliche Belange betreffen. Besonders oft wird Partizipation im Kontext von Demokratie thematisiert und zwar im Sinne politischer Partizipation (vgl. MOSER 2010). Darunter ist zu verstehen, "dass die BürgerInnen, als freie und gleichberechtigte Subjekte, das Recht und die Zugänge haben, das Gemeinwesen aktiv mitzugestalten, in dem sie an öffentlichen Diskussionsprozessen und Entscheidungen in Politik, Staat und Gesellschaft und deren Institutionen mitwirken" (S.73). In der Mitgestaltung und Mitbestimmung liegen substantielle Aspekte partizipativer Forschung. Diese stehen für die aktive Handlungsmacht aller BürgerInnen. [11]

Die in der Literatur angebotenen Definitionen zum Partizipationsbegriff schaffen keine Eindeutigkeit oder Klarheit, sondern sind so heterogen wie unsere subjektiven Vorstellungen zur Gestaltung von gesellschaftlicher Teilhabe (vgl. exemplarisch GEISSEL & PENROSE 2003; HOLLAND-CUNZ 2004; MOSER 2010). Aus diesem Grund kann eine weitere begriffliche Auseinandersetzung hier nur verkürzt erfolgen. Einigkeit über die terminologische Verortung von "Partizipation", so die Politikwissenschaftlerinnen Brigitte GEISSEL und Virginia PENROSE, herrsche lediglich darüber, "dass zum Einen der wissenschaftliche Partizipationsbegriff von den historischen Entwicklungen politischer Beteiligung abhängt und zum Anderen Definition und Systematisierung von Partizipations(formen) Anlage und Ergebnis der Forschung erheblich beeinflussen" (2003, S.3). Die Autorinnen selbst bedienen sich einer feinteiligen Perspektive auf den Partizipationsbegriff, wie sie heute in der Mainstream- und genderorientierten Partizipationsforschung angewendet wird (S.4). Der differenzierte Umgang mit dem Partizipationsbegriff ist erforderlich, um Geschlechterkonstruktionen und die damit verbundenen Machtverteilungen in (nicht nur) partizipativ orientierten Projekten aufzuzeigen. Diese Notwendigkeit ergibt sich zum einen daraus, dass Geschlecht nach wie vor eines der wesentlichen Strukturmerkmale der Gesellschaft darstellt. Zum anderen ist sie logische Konsequenz aus dem Selbstanspruch partizipativer Forschung, der von einer Gleichwertigkeit aller Betroffenen ausgeht und ihnen Entscheidungs- und Beeinflussungsmöglichkeiten eröffnen will (vgl. HANSCHITZ et al. 2009). Deshalb bedarf es einer kontinuierlichen Reflexion (u.a.) der Geschlechterverhältnisse und der reflexiven Verwendung eines differenzierten und vielschichtigen Partizipationsbegriffs, wie er im Folgenden vorgestellt wird. [12]

GEISSEL und PENROSE (2003) verweisen auf die gegenwärtig übliche Unterscheidung in der Mainstream- und genderorientierten Partizipationsforschung zwischen direkten und indirekten, legalen und illegalen, verfassten und nicht verfassten, institutionalisierten und nicht-institutionalisierten, unmittelbaren und mittelbaren sowie konventionellen und unkonventionellen Partizipationsformen und bekräftigen zugleich, dass eine solche Differenzierung aufgrund ihrer fehlenden konzeptionellen Trennschärfe in hohem Maße Ambivalenzen impliziert (ausführlich S.4f.):

| Partizipationsform | Charakteristika |
|---------------------------|--|
| Direkt | Einwirken auf sachspezifische oder personelle Entscheidungen |
| Indirekt | Abzielen auf generalisierende Handlungsvollmachten bei Wahlen |
| Legal | Beteiligung innerhalb der geltenden Rechtsnormen |
| Illegal | Sach- oder Personenbeschädigung; wilde Streiks oder Besetzungen |
| Verfasst | Rechtlich verbindliche Verankerung und Regelung (z.B. Verfassung, Gemeindeordnung) |
| Nicht verfasst | Außerinstitutionelle spontane oder geplante Mobilisierung |
| Institutionalisiert | Deckt sich mit Charakteristika verfasster Partizipationsformen; kann sich auch auf eine bestimmte Organisation (z.B. Partei, Gewerkschaft) beziehen |
| Nicht institutionalisiert | Deckt sich mit Charakteristika nicht verfasster Partizipationsformen |
| Konventionell | Etablierte, weitverbreitete bzw. relativ übliche Formen der politischen Teilhabe (z.B. Wahlakt, Mitarbeit in einer Partei) |
| Unkonventionell | Relativ wenig verbreitete und etablierte Formen der politischen Teilhabe (Bürgerinitiativen, Demonstrationen etc.); Relativität einer solchen Definition |

Tab. 1: Partizipationsformen in der Mainstream- und genderorientierten Partizipationsforschung (s. GEISSEL & PENROSE 2003, S.4). [13]

2.2 Subjektive und gesellschaftspolitische Forderungen an partizipative Forschung

Partizipative Forschung findet unter den objektiven Bedingungen gesellschaftlich-politischer Strukturen statt. Die Frage nach Faktoren, die zur Aufrechterhaltung von Hierarchien und Macht führen, steht jedoch häufig im Abseits der Theorie partizipativer Forschung. Zudem bleibt unbeachtet, welche Diskurse im partizipativen Forschungsprozess akzeptiert und in den Stand "wahrer" Diskurse erhoben werden (vgl. SEIFERT 2001). Die Herausforderung partizipativer Forschung liegt darin, basisdemokratische Ansprüche zu verwirklichen (vgl. HANSCHITZ et al. 2009). Dies beinhaltet zum einen, innerhalb des jeweiligen Problemkontextes möglichst alle betroffenen Gruppierungen in das Forschungssetting und den -prozess zu integrieren, zum anderen geht es darum, den Transfer von sozialem Wissen und Handlungsvermögen, das den unterschiedlichen und widersprüchlichen Positionen der AkteurInnen entspricht zu initiieren (a.a.O.). [14]

Will partizipative Forschung diesen Anspruch einlösen – und die Vereinnahmung der Beforschten durch Interessengruppierungen wie Wissenschaft und Politik reflektieren – müssen vonseiten der Praxis und der Wissenschaft soziale und strukturelle Herausforderungen benannt und Alternativen formuliert werden. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Partizipation eine leere Worthülse bleibt und "partizipative Prozesse letztlich dazu dienen, machtvolle Einzelinteressen besser abzustützen, indem das in den Prozessen entstehende Wissen abgeschöpft und funktionalisiert wird (...)" (HANSCHITZ et al. 2009, S.83). Deshalb gilt es, Menschen und Einrichtungen, die klassischerweise das "Objekt" von Forschung darstellen, in die Entscheidungs- und Forschungsprozesse mit einzubeziehen und zu integrieren (vgl. BERGOLD & THOMAS 2010). [15]

Wenn also von "subjektiven Anforderungen" an partizipative Forschung die Rede ist, dann in mehrfacher Hinsicht. Forschende wie auch die beteiligten AkteurInnen sind als Subjekte angesprochen. Alle Beteiligten sind herausgefordert, in einem Forschungssetting auf Empowerment – im Sinne von Selbstermächtigung der Betroffenen – abzu zielen, um soziale Realitäten zu reflektieren, zu interpretieren und zu verändern. Der Anspruch und die grundlegende erkenntnistheoretische Position von partizipativer Forschung lautet somit: "Nicht Forschung *über* Menschen und auch nicht *für* Menschen, sondern Forschung *mit* Menschen (...)" (S.333). [16]

2.2.1 Anforderungen an Forschende

Forschende begeben sich in ihrer Tätigkeit aus unterschiedlichen Gründen stets in die Gefahr automatisierten, vorschnellen und impulsiven Handelns. Insbesondere in lebensweltanalytischen Feldern muss der "native's point of view" immer wieder aufs Neue eingenommen werden (vgl. HONER 2007). Bereits die durch Habitus und Theoriebezug der Forschenden begründete Haltung und Perspektive auf die "Beforschten" bedürfen einer kritischen Reflexion des

Forschungs- und Erkenntnisprozesses sowie der Ergebnisse partizipativer Forschung. [17]

Als Forschende nutzen wir Personen, Befragte oder Beobachtete als Informationsquellen. Wir beanspruchen dies im Allgemeinen respektvoll zu tun, wollen niemandem schaden. Die Befragten stellen uns ihre Zeit, ihre Biografien, ihre Erkenntnisse und Erfahrungen zur Verfügung und wissen (mehr oder weniger), dass wir Deutungsmacht über sie beanspruchen. Aber welche Chance, welchen Nutzen versprechen sich unsere Gegenüber? Und welchen Einfluss haben ihre subjektiven und kollektiven Erwartungen auf den Forschungsprozess (vgl. ZIMMERMANN 2006)? Letztere ist eine Frage, die im Besonderen für partizipative qualitative Forschung von Bedeutung ist. Von Partizipation oder von erhöhten Graden der Mitbestimmung zu sprechen, bedeutet, die Interessen der Forschenden als auch der "Beforschten" gemeinsam zu denken und zu berücksichtigen. Das heißt, einerseits auf Grundlage der leitenden Fragestellung der Forschenden Daten zu erheben, andererseits die Teilnehmenden von dem Prozess gemeinsamen Redens und Nachdenkens direkt profitieren zu lassen. Dies kann entweder materiell erfolgen, mittels Einflussnahme durch die Forschenden auf politische Entscheidungen, die unmittelbare Auswirkung auf die Lebenswelten der "Beforschten" haben, oder ideell durch subjektiven oder kollektiven Erkenntnisgewinn der befragten Personen im Hinblick auf ihre als relevant empfundenen Handlungsprobleme. Partizipation meint daher immer auch Inklusion, setzt allerdings ein aktives, freiwilliges Mitwirken der AkteurInnen eines Feldes voraus. [18]

Angenommen, die Sichtweise der Forschenden auf die "Beforschten" wäre nicht länger eine objektorientierte, sondern eine von dezidiertem Anerkennung gezeichnete und möglichst frei von jeglicher Instrumentalisierung: Was spräche gegen eine Adaption des "BürgerInnenbegriffs", den Lothar BÖHNISCH und Wolfgang SCHRÖER (2008) für die Soziale Arbeit als Alternative zu Abhängigkeit suggerierenden Termini wie "KlientInnen" oder "KundInnen" zuletzt in einer kritischen Analyse der BürgerInnengesellschaft revitalisiert haben? Die Vorstellung, Beforschte verwandelten sich von ProbandInnen, InformantInnen, "ZulieferInnen" oder "WissensproduzentInnen" zu BürgerInnen, ist die einer emanzipatorischen Perspektive, sofern berücksichtigt und kritisiert wird, dass der "BürgerInnenstatus" immer auch den Ausschluss aller Nicht-BürgerInnen impliziert. [19]

Bevor wir uns näher mit den Anforderungen der "Beforschten" in der partizipativen Forschung beschäftigen, wollen wir sie nicht länger als solche bezeichnen und sie von nun an als BürgerInnen betrachten und benennen. Allerdings sprechen wir weiterhin von AkteurInnen, wenn wir die Summe aller am Forschungsprozess beteiligten Personen und Gruppen meinen. [20]

2.2.2 Anforderungen an beteiligte AkteurInnen und BürgerInnen

Mit Blick auf die zu beteiligenden AkteurInnen kann in einem Forschungssetting Partizipationsbereitschaft und -kompetenz zwar erwartet werden, sie vorauszusetzen wäre allerdings vermessen. Mündige, demokratische BürgerInnen müssen über bestimmte Fähigkeiten verfügen, wollen sie "BürgerInnenkompetenz" beweisen. Zugleich muss der Begriff der BürgerInnenkompetenz selbst differenziert werden. Eine analytische Dreiteilung bietet Joachim DETJEN (2001) an, der BürgerInnenkompetenz entlang *kognitiver*, *prozeduraler* und *habituellem* Kompetenzen unterscheidet. [21]

Unter *kognitiven Kompetenzen* werden Kenntnisse über die Strukturen und Funktionsweisen politischer Systeme, internationale politische und wirtschaftliche Zusammenhänge sowie – im soziologischen Sinne – über die Konstitution von Gesellschaft verstanden. DETJEN bemerkt, BürgerInnen müssten den "Sinn der institutionellen Arrangements" erfassen können (k.P.). Auch fällt das Wissen über bedeutende Politikbereiche (*Policy*) in die Kategorie "kognitive Kompetenz". [22]

Prozedurale Kompetenz setzt sich aus zwei Komponenten zusammen: Über prozedurale *Kenntnisse* verfügen BürgerInnen, die mit dem Ablauf politischer Entscheidungsprozesse vertraut sind. Von prozeduralen *Fertigkeiten* ist die Rede, wenn BürgerInnen in der Lage sind, politische Ziele zu formulieren und diese auch gegenüber Dritten argumentativ vertreten können. [23]

Bleiben die *habituellem Kompetenzen*, unter denen positive Einstellungen der BürgerInnen zu ihrem Gemeinwesen verstanden werden. DETJEN versteht diese auch als "Tugenden", die – indem sie das Handeln der BürgerInnen bestimmen – zur Stabilisierung des demokratischen Gemeinwesens beitragen. Tugenden können sein: Rechtsgehorsam, Eintreten für die politische Ordnung, Toleranz, Fairness, Solidarität Schwächeren gegenüber, Gerechtigkeitssinn und schließlich die Bereitschaft zur Partizipation. Die moralische Berechtigung einiger Tugenden erscheint vor der Folie ihrer objektiven gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen in den einschlägigen Settings partizipativer Forschungspraxis fragwürdig, wie DETJEN selbst auch eingesteht. Dies betrifft zum Beispiel den Bereich des Rechtsgehorsams: Ein Verweis auf die von William F. WHYTE in den 1940er Jahren vorgelegte ethnografische Studie über die "Street Corner Society" und die von "günstigen Gelegenheiten" lebenden urbanen Protagonisten verdeutlicht die Diskrepanz zwischen dem Postulat der "BürgerInnenkompetenz" und einer Alltagskultur der Notwendigkeit (vgl. WHYTE 1996 [1943]). [24]

Schließlich ist auch die durch das bürgerliche Ideal implizit unterstellte Partizipationspflicht kritisch zu bewerten. Bei der Betrachtung der hier dargestellten BürgerInnenkompetenzen als Voraussetzung für Partizipation wird die inzwischen inflationäre Verwendung des Empowerment-Begriffs – als Synonym für den universellen Zwang zur sozialpolitischen Eigeninitiative als Folge der Individualisierung sozialer Probleme in der "Aktivgesellschaft" (LESSENICH 2008) – besonders deutlich. Es kann sich augenscheinlich in der

Regel lediglich um eine "symbolische Ermächtigung" der BürgerInnen in der Praxis partizipativer Forschung handeln. [25]

2.3 Macht und Herrschaft in der partizipativen Forschungspraxis

Die oben stehenden Ausführungen stoßen uns unmittelbar auf die Frage, wer eigentlich darüber entscheidet, welche AkteurInnen für die Durchführung einer Untersuchung relevant sind und wer die Inhalte einer als Befähigung zur Partizipation verstandenen "BürgerInnenenerziehung" festlegt? Beforscht zu werden ist nicht voraussetzungslos, sondern im Wesentlichen bestimmt durch das Zustandekommen von Projekten (vgl. HANSCHITZ et al. 2009). Von Forschenden getroffene Entscheidungen wirken – zumindest durch die notwendigen Vorentscheidungen – in die Projekte hinein. Die Entscheidungen verbleiben oftmals bei denen, die in der sozialen Hierarchie mit Autorität und Macht ausgestattet sind und somit dort, wo es um das Zustandekommen von Projekten, ihre Umsetzung und Modalitäten geht. Somit ist es erforderlich implizite und/oder explizite – Machtverhältnisse zu beachten (a.a.O.). [26]

Als zwingend notwendig erscheint es uns deshalb, das Verhältnis von Macht und Herrschaft in partizipativ angelegten Forschungssettings zu reflektieren. Dies ist von besonderer Bedeutung, wenn man, wie Pierre BOURDIEU (2005 [1998]), davon ausgeht, dass die Besonderheit der Herrschenden in ihrer Befähigung liegt, ihren spezifischen Sichtweisen Anerkennung zu verschaffen. Hier werden Machtverhältnisse in zweierlei Hinsicht angesprochen. Erstens geht es um jenes zwischen Forschenden und BürgerInnen und zweites um das Herrschaftsverhältnis zwischen allen beteiligten AkteurInnen. [27]

BOURDIEU liefert mit dem Konzept der symbolischen Herrschaft einen interessanten Erklärungsansatz. Er beschreibt symbolische Herrschaft als ein Herrschaftsverhältnis, das als selbstverständlich anerkannt und nicht infrage gestellt wird. Symbolische Herrschaft ist eine Herrschaftsform, die fast ausschließlich auf symbolischer Gewalt, d.h. auf dem Anerkennen und Verkennen beruht (a.a.O.). Die Konzepte symbolischer Gewalt sind in unhinterfragten Herrschafts- und Machtverhältnissen angelegt. In ihnen kristallisieren sich Oppositionsformen und Taxonomien heraus. Von den in das Feld integrierten AkteurInnen werden diese Formen als selbstverständlich angesehen, da die im Feld herrschenden Schemata und Bewertungsmodi nicht mehr zur Disposition stehen (vgl. HEPP 2009). Symbolische Gewalt ist sanfte und unsichtbare Gewalt, sie verkörpert ein gewisses Einverständnis und wird von den Menschen nicht als Gewalt wahrgenommen. Diese sanfte Form von Gewalt ist eine Art der Ausübung von Herrschaft. Symbolische Gewalt ist im Handlungsinhalt verborgen und wirkt durch die Anerkennung dieser Macht – mittels einer Komplizenschaft der Beherrschten. Macht und Unterdrückung werden von AkteurInnen akzeptiert (vgl. BOURDIEU 2005 [1998]). Will partizipative Forschung ihrer gesellschaftspolitischen Funktion als "Anwältin" benachteiligter Menschen gerecht werden, es ihnen ermöglichen, ihr Recht auf Teilhabe wahrzunehmen – muss sie sich permanent und reflexiv mit dem Thema "Macht" auseinandersetzen. Diese reflexive Analyse partizipativer Forschung

umfasst zum einen die Reflexion der Forschenden bezüglich des sozialen und kulturellen Standorts des Erforschten im sozialen Raum, um dessen Äußerungen und auch das Nicht-Gesagte vor dem Hintergrund sozialer Lagen und kultureller Prägungen einzuordnen. Zum anderen bedeutet es, den Forschungsprozess und die darin eingebetteten sozialen Beziehungen und Machtverhältnisse zwischen den Erforschten und den Forschenden genauer zu analysieren. Und ganz besonders gilt es – im Sinne von BOURDIEU (2005 [1998]) – das wissenschaftliche Feld, in dem sich die Forschende bewegen und das ihre Interessen und Voreinstellungen prägt, kritisch zu hinterfragen. Das wissenschaftliche Denken und Forschen selbst wird u.a. zum Gegenstand einer reflexiven Analyse. Diese hat zum Zweck, die Verzerrungen, die Voreinstellungen, die kollektiven und unbewussten Vor-Urteile, die bereits in den Fragestellungen, den Kategorien und dem jeweiligen Wissenschaftsverständnis von Forschenden liegen, aufzuklären (vgl. FRIEBERTSHÄUSER 2009). [28]

Daraus müsste folgen, dass Forschende sich in einen permanenten Reflexionsprozess begeben und dabei den kritischen Blick auf ihr Tun, ihre Profession und die (sozialen) Hierarchien internalisieren. Durch die immer wiederkehrende und sich wiederholende Reflexion kann dieser Prozess als performativer Akt verstanden werden mit der Möglichkeit, Normen und Grenzen in der Wiederholung zu verschieben. Forschende werden auf diese Weise zu GrenzgängerInnen zwischen Wissenschaft und Praxis mit dem Anspruch auf Wissens- und Wissenstransferleistung. Denn im Sinne des doppelten Partizipationsverhältnisses bedeutet partizipative Forschung nicht nur, dass BürgerInnen an Wissenschaft und Forschung partizipieren, sondern auch WissenschaftlerInnen und ForscherInnen an der Praxis (vgl. HANSCHITZ et al. 2009). [29]

3. Demokratiethoretische Überlegungen zum Verständnis partizipativer Forschung

Im Zusammenhang mit partizipativer Forschung fallen oftmals vorschnell Begrifflichkeiten wie Beteiligung oder Demokratisierung ohne weitere Erklärung. Wie Entscheidungsprozesse ablaufen sollen, wird bezüglich ihres demokratischen Anspruchs kaum spezifiziert. Um "Demokratie" genauer zu fassen und den Zusammenhang beider Begriffe aufzuzeigen, sei zunächst auf das Lexikon für Politikwissenschaft verwiesen: Demnach bezeichnet Demokratie die "Volksherrschaft (...) [d.h.] in der Demokratie geht die Herrschaft aus dem Volk hervor und wird durch das Volk selbst und in seinem Interesse ausgeübt" (SCHULTZE 2004, S.124). Damit verbunden sind mehr oder weniger weitreichende Partizipationsrechte der BürgerInnen an politischen Prozessen sowie unterschiedliche Formen der Repräsentation und Delegation. Ähnlich ist partizipative Forschung durch unterschiedliche Strukturen der Macht, der Machtverteilung, der Partizipation, Repräsentation und Delegation der Forschenden und BürgerInnen geprägt. Mit demokratiethoretischen Fragestellungen lässt sich, wie wir im Folgenden zeigen werden, zudem ein neuer, anderer Blick auf Machtverteilung, Teilhabe und den Status der AkteurInnen werfen. Wir wählen hierfür bewusst einen etwas unkonventionellen

Blick, der nicht den Forschungsprozess an sich fokussiert, sondern zwei Formen repräsentativer Demokratie: Mehrheitsdemokratie und Konsensdemokratie. In einem zweiten Schritt werden wir dann die unterschiedlichen Konsequenzen für Partizipation und partizipative Forschung skizzieren. Wir gehen davon aus, dass auch jede umfassende BürgerInnenbeteiligung, jede basisdemokratische Intervention von mehrheits- und konsensdemokratischen Vorstellungen geprägt ist, und dass das Erleben staatlicher Verfasstheit diese Vorstellungen über Demokratie nicht unerheblich beeinflusst. [30]

3.1 Mehrheitsdemokratie und Konsensdemokratie: Unterschiedliche Konzepte der Machtverteilung und Partizipation

Je nachdem, ob Demokratie eher als Konsens- oder Mehrheitsprinzip gedacht wird, verändert sich auch die Bedeutung von Partizipation: In Konsensdemokratien liegt der Fokus darauf, möglichst viele unterschiedliche InteressenträgerInnen, d.h. auch gezielt Minderheiten zu beteiligen und auf qualitativ hochwertige und vielseitige Ergebnispräsentationen bzw. konsensuelle Entscheidungsfindungen und Ergebnisreflexionen zu achten. Mehrheitsdemokratien zielen hingegen darauf, lediglich Schlüsselfiguren einzubeziehen und sich an Mehrheiten zu orientieren. Bei Ergebnispräsentationen bzw. Entscheidungen werden vor allem mächtige EntscheidungsträgerInnen und Mehrheiten miteinbezogen. Während letztere als "Tyrannei der Mehrheit" (TOCQUEVILLE 1985, S.145) charakterisiert wird, wird für erstere ein deutlich höherer Grad an "Demokratie" nachgewiesen, beispielsweise hinsichtlich höherer Frauenquoten im Parlament, höherer Wahlbeteiligung, größerer Gemeinwesenorientierung und sozialer Verantwortung (vgl. LIJPHART 1999). [31]

Auf empirischer Basis hat Arend LIJPHART (1999) Demokratien dahin gehend untersucht, ob ihre Staatsverfasstheit eher Machtverteilung, Verhandlungsoptionen und Kompromisse bedingt – das meint zu konsensdemokratischer Politik tendiert – oder eher Machtkonzentration und Mehrheitsbeschlüsse bewirkt, folglich verstärkt auf mehrheitsdemokratische Prinzipien vertraut. Er stellt fest, dass die Machtkonzentration in Mehrheitsdemokratien durch die Regierung einer Ein-Parteienmehrheit, die große Entscheidungsmacht der/des PräsidentIn sowie die ausschließliche Berücksichtigung der WählerInnenstimmen der Mehrheit hervorgerufen wird. Spezifisch für eine Mehrheitsdemokratie ist zudem ein zentralistisches, unitaristisches Regierungssystem. Demnach bestimmt die Regierung in der Hauptstadt über die Belange des ganzen Landes, ohne beispielsweise die spezifischen Bedürfnisse einzelner Regionen einzubeziehen. Interessenverbände sind bezüglich ihrer politischen Einflussnahme konkurrenzorientiert; es herrscht ein unkoordinierter Pluralismus vor, der durch eine VerliererInnen-GewinnerInnen-Mentalität gekennzeichnet ist. BürgerInnen haben kaum Möglichkeiten, auf politische Prozesse aktiv einzuwirken. Dieses idealtypische Modell einer Mehrheitsdemokratie lässt sich auch in (vorgeblich) partizipativen Forschungssettings finden, z.B.

- wenn die Definitions- und Entscheidungsmacht über Forschungsprozess, Inhalte und Partizipationsmöglichkeiten bei den wenigen "AntragstellerInnen" verbleiben;
- wenn nur die BürgerInnen beteiligt werden, die als große oder laute Gruppe auftreten und dadurch zwischen den Gruppen bzw. zwischen BürgerInnen und ForscherInnen Konkurrenzverhältnisse entstehen;
- wenn Ziele und Methoden der Forschung ausschließlich in der Hand der Forschenden bleiben und BürgerInnen lediglich die Ergebnisse kommentieren dürfen,
- wenn quantitative Mehrheiten oder Mehrheitsmeinungen bei der Entscheidungsfindung als demokratisch oder als demokratische Legitimation verstanden werden. [32]

Konsensdemokratien bedingen, so LIJPHARDT, eine andere Form der Machtverteilung bereits dadurch, dass die Regierung aus einer Mehrparteienkoalition besteht, dass alle WählerInnenstimmen durch das Verhältniswahlrecht berücksichtigt werden und damit auch kleine Parteien in das Parlament gewählt werden können. Die/der PräsidentIn ist lediglich Teil des Kabinetts, das Entscheidungen kollegial und als Ganzes treffen muss. Verhandlungsdemokratien zeichnen sich zudem dadurch aus, dass der Staat föderalistisch aufgebaut ist – den einzelnen Regionen wird relative Autonomie zugestanden, an Entscheidungen der Zentralregierung werden sie formal beteiligt. Unterschiedliche Interessengruppen werden in politische Entscheidungen einbezogen, um auch die Bedürfnisse von Minderheiten zu berücksichtigen – handlungsleitend ist hierfür ein kompromissorientierter Korporatismus (a.a.O.). Grundsätzlich haben BürgerInnen – auch ohne Direktdemokratie – mehr Beteiligungschancen, und nicht zuletzt haben soziale Bewegungen eine größere Chance auf politische Mitwirkung (vgl. SCHMIDT 2000). [33]

Angewendet auf die partizipative Forschung bedeutet dies, dass alle ("delegierten") Beteiligten Entscheidungen konsensuell treffen und hierfür unterschiedlichste Gruppen einbezogen sowie verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden. Unterschiedliche Erwartungen an Partizipation, Forschung und Forschungsergebnisse werden offengelegt und ausgehandelt. Zudem werden Forschungsziele, Forschungssetting und -prozess sowie auch die unterschiedlichen Rollen aller Beteiligten transparent gemacht. BürgerInnen und Forschende treffen entsprechend verbindliche Absprachen, die nicht "eins zu eins" dem ursprünglichen Forschungsvorhaben entsprechen müssen. [34]

Die Funktion der zuvor erwähnten sozialen Bewegungen als Teil demokratischer Artikulation und Partizipation ist historisch in unterschiedlichen Formen dokumentiert. Soziale Bewegungen können korrigierend bzw. verändernd oder stabilisierend auf Politik und Gesellschaft einwirken (vgl. hierzu auch HONNETH 1994). Gekennzeichnet sind sie durch eine gewisse Kontinuität, hohes Mobilisierungsvermögen und symbolische Integration sowie variable Aktions- und

Organisationsformen. Zugleich haben sie eine MittlerInnenposition zwischen schwach etablierten Gruppen wie Selbsthilfegruppen oder privaten Initiativen und den stark etablierten Gruppen einer Gesellschaft. Diese Position resultiert nicht zuletzt daraus, dass sie sich zwar artikulieren, aber als feste Gruppe (noch) nicht etabliert sind. Dadurch, dass soziale Bewegungen kollektive Unzufriedenheiten öffentlich zur Sprache bringen, eignen sie sich den politischen Raum aktiv an. Zustände kommen sie jedoch erst, wenn das gesellschaftliche Klima einerseits die Ausbildung von Subkulturen ermöglicht und wenn andererseits Wirtschaft und/oder Politik "Legitimationsbrüche" hervorrufen. [35]

Für die partizipative Forschung ergeben sich aus den Analysen von Mehrheits- und Konsensdemokratie insbesondere Fragen nach der Machtverteilung und den Machtstrukturen, die im Forschungsprozess wirksam sind bzw. hergestellt werden, ebenso nach den Beteiligungsformen und den Beteiligungsprozessen. Bezug nehmend auf die demokratiethoretischen Analysen müsste folglich gefragt werden, welche Machtverhältnisse sich innerhalb des ForscherInnenteam, zwischen ForscherInnen und BürgerInnen bzw. unter den BürgerInnen zeigen: ob Entscheidungsprozesse insbesondere einem Mehrheitsprinzip folgen oder eher auf konsensorientierte Aushandlungsprozesse unterschiedlicher AkteurInnen/ForscherInnen fokussieren. Wer hat Entscheidungsmacht, welche Bedürfnisse werden berücksichtigt und wer hat lediglich beratende Funktion? Hierfür müssten Kommunikations- wie Beziehungsmuster analysiert werden; ebenso wäre der Umgang mit Widerständen und Allianzen zu betrachten, und auch die Transparenz der Entscheidungsprozesse verdiente einen kritischen Blick. [36]

Hinsichtlich der Beteiligungsformen und -prozesse werden in Demokratien entweder VertreterInnen der Mehrheit bzw. durchsetzungsfähiger Interessengruppen oder unterschiedliche Gruppen wie auch Minderheiten in politische Entscheidungen involviert. Bezüglich partizipativer Forschung ergeben sich daraus folgende Fragen: Werden vor allem jene BürgerInnen einbezogen, die als Schlüsselfiguren und "ExpertInnen" gelten, oder werden Minderheiten und weniger sprachfähige Gruppen und Einzelpersonen berücksichtigt? Ist die Beteiligung kompromissorientiert oder funktioniert sie nach dem Prinzip von Gewinnen und Verlieren? Gibt es festgeschriebene und transparente Regeln der Analyse und Beteiligung? Damit muss auch die Frage nach den Zugangsmöglichkeiten aufgeworfen werden: Welche formellen wie informellen Zugangsmöglichkeiten der Partizipation gibt es und wie wird Partizipation ermöglicht? Wie können sich BürgerInnen in Interessengruppen organisieren und ihren Bedürfnissen Gehör verschaffen? Welche Rolle spielt dabei Empowerment? Wo kommt es zu Inklusions- und Exklusionsmechanismen und wer ist davon wie betroffen? Welche Auswirkungen – auch bezüglich der gegenseitigen Wahrnehmung – hat die Über- bzw. Unterrepräsentation von BürgerInnen oder ForscherInnen, welche Rollen werden von ihnen übernommen und welche werden ihnen zugeschrieben? [37]

3.2 Der Begriff der BürgerInnen zwischen Gleichheit und Differenz: Ein Beispiel für Inklusion und Exklusion

Eng verbunden mit der demokratischen Idee ist die Idee der Gleichheit der Menschen. Der moderne Gleichheitsdiskurs, so problematisiert es Andrea MAIHOFER (2009), basiert auf der "Anerkennung gleicher Rechte, auf der An-/Erkennung als Gleiche. Wird auf eine Verschiedenheit insistiert oder wird diese 'nachgewiesen' [...] wird diese 'qualitative' Differenz zur Legitimation von Ausgrenzung und Diskriminierung" (S.33). In Anlehnung an Theodor W. ADORNO und Max HORKHEIMER (1971) kritisiert sie, dass mit dem Gleichheitsanspruch auch ein Zwang zu Konformität und Anpassung, ein Negieren von Verschiedenheiten verbunden sein kann. Wer die Differenzen, das Nicht-gleich-Sein oder die eigene Individualität betont, läuft Gefahr, ausgegrenzt zu werden. Zudem waren mit Gleichheit nie alle Menschen gemeint – auch nicht bei der Ausformulierung der Menschenrechte, so MAIHOFER (2009) weiter. Während Männer zumindest formal als freie Bürger anerkannt wurden, wurden Frauen bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts prinzipiell ausgeschlossen. Der Gleichheitsanspruch setzt einen Maßstab voraus, woran die Gleichheit bzw. die Ungleichheit erkennbar gemessen werden kann. Daraus lässt sich dann im Sinne des Gleichheitsanspruchs auch ableiten, wer gleich und wer ungleich behandelt werden soll. Entsprechend bedeutsam ist, was dieser Maßstab beinhaltet und wer die entsprechende Deutungsmacht darüber besitzt. Als bedeutendes Beispiel hierfür führt MAIHOFER die Ausrufung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 durch die bürgerliche, besitzende Klasse von weißen Männern an. Der Status des Menschseins war folglich an Eigenschaften wie Rationalität, (ökonomische) Autonomie, Weiß- und Männlich-Sein bestimmt. [38]

Zeitgleich wurden Geschlechternormen zu allgemeingültigen Normen: Frauen wurden als gesamte Gruppe, begründet durch ihre körperlichen Merkmale, ein anderer Status zugeschrieben als Männern, die vor allem durch ihr Menschsein bestimmt wurden. Ähnlich biologistisch begründet wurden dann auch "Rassenunterschiede". Um diesen Ausschlussmechanismen zu entgehen, ist es auch in der partizipativen Forschung notwendig, nicht auf Gleichheit zu bestehen, sondern Verschiedenheiten anzuerkennen, Differenzen und Differenzlinien – wie die zwischen Geschlechtern – als Lebenswirklichkeit wahrzunehmen, ohne in einen Essenzialismus zu verfallen. Das bedeutet, sie einerseits als sozial hergestellte und möglicherweise durch "hegemoniale Diskurse" bedingte Differenzen und andererseits als konkret erfahrene "Existenzweise" zu akzeptieren (vgl. MAIHOFER 1995). Der Umgang mit Differenzen erfordert zudem eine bewusste "Ungleichbehandlung", um zu verhindern, dass durch die Gleichbehandlung von Ungleich-Gestellten die Ungleichstellungen reproduziert werden. Und nicht zuletzt gilt es auch hier, die Machtfrage aufzuwerfen: Welche Gruppen haben mehr, welche weniger Macht? Welche etablieren sich tendenziell und welche werden eher ausgeschlossen, weil sie sich der Norm nicht anpassen bzw. als nicht der Norm entsprechend angesehen werden? [39]

3.3 Das Beispiel Geschlechterdemokratie: Eine Erweiterung des Demokratiebegriffs

Wie eine Erweiterung des Demokratiebegriffs aussehen kann, zeigt die feministische Diskussion um Geschlechterdemokratie. Diese lenkt ihren kritischen Fokus auf Partizipationschancen, Machtverhältnisse, Ein- und Ausschlussmechanismen. Geschlechterdemokratie zielt nicht nur – wie es zunächst den Anschein haben könnte – auf die quantitative Gleichstellung von Frauen und Männern, auf Frauenförderpolitik oder faire Repräsentation (vgl. HOLLAND-CUNZ 2004), sondern auch auf die "Ablösung von Männlichkeit als dominantem gesellschaftsstrukturierenden Prinzip" (DÖGE 2003, S.93). Geschlechterdemokratie ist folglich eine differenzierte Auseinandersetzung mit hegemonialer Männlichkeit und daraus resultierender Geschlechterhierarchie. Hegemoniale Männlichkeit beschreibt, wie durch Abwertung von anderen oder dem Anderen eine spezifische Männlichkeit zum dominanten Orientierungsmuster wird, um Exklusion und Inklusion zu reproduzieren. Bedacht wird dabei, dass Diskriminierungsmuster unterschiedlicher Differenzmerkmale miteinander verschränkt sind bzw. sich gegenseitig bedingen und verstärken. Zudem wird bedacht, dass verschiedene Diskriminierungsdimensionen mit Partizipationsbarrieren verbunden sind. Gefordert werden dementsprechend gleiche Zugangschancen zu gesellschaftlichen Gestaltungsressourcen und die gleichzeitige Anerkennung bzw. Gleichwertigkeit der Vielfalt (a.a.O.). Mit diesen Forderungen geht auch unser Verständnis von partizipativer Forschung d'accord. [40]

Barbara HOLLAND-CUNZ (2003) hat im Anschluss an die Diskussion um Geschlechterdemokratie sieben Thesen für eine feministische Theorie der Demokratie entworfen, die sich auch hinsichtlich anderer Differenzdimensionen ausbuchstabieren und für die partizipative Forschung vor dem Hintergrund der vorangegangenen Überlegungen fruchtbar machen lassen. Demokratie muss nach HOLLAND-CUNZ (S.53ff.)

1. herrschaftskritisch sein: Sie muss nach innen wie nach außen den strukturellen Ausschluss der "Anderen", z.B. der Frauen, kritisch betrachten, ebenso die eigene Machtverstrickung;
2. sich partizipatorisch orientieren: Damit verbunden ist die Forderung nach der Demokratisierung aller Lebensbereiche, auch der Privatsphäre. Gleichzeitig sollen Partizipationschancen ausgeweitet und den BürgerInnen soll eine große Verantwortung übertragen werden. Notwendig ist dann eine hohe Transparenz politischer Prozesse;
3. direktdemokratisch sein: Ausgangsannahme hierfür ist, dass direktdemokratische Institutionen Partizipationsbarrieren verringern und die politische Integration erhöhen. Sie fungieren als Gegenmacht zu den herrschenden Eliten. Zudem begünstigen sie die politische Aufklärung und Bildung;
4. face-to-face diskursiv sein: Notwendig ist, dass Aushandlungsprozesse, wie auch die Formulierung des eigenen Selbstverständnisses, der eigenen Bedürfnisse, in direkter und persönlicher Kommunikation geschehen. Dazu ist

es auch notwendig, über Verhandlungs- und Entscheidungsmechanismen nachzudenken;

5. sich an Bindungen orientieren: Grundlegend hierfür ist, dass Menschen als sozial gebundene Wesen gedacht werden, die ein verantwortungsvolles und aktives Interesse am Gemeinwohl haben. "Gemeinschaft" wird dabei als Prozess gedacht, der von wechselseitig empfundener Verantwortlichkeit geprägt ist – wobei auch die repressiven Mechanismen der Vergemeinschaftung wahrgenommen werden müssen. Grundsätzlich braucht ein demokratisches Gemeinwesen bzw. aktives BürgerInnen-Engagement starke Integrationskräfte;
6. radikaldemokratisch sein: Hierbei steht der Blick auf eine stark pluralisierte BürgerInnenschaft im Vordergrund, wobei insbesondere Kritik an den Exklusionsmustern nach Geschlecht, Alter, Behinderung, Ethnizität, Klasse, sexueller Orientierung etc. geübt wird. Gleichzeitig soll die Anerkennung von Differenzen bzw. die Inklusion der "Anderen" eingelöst werden. Damit verbunden ist die Forderung nach einer Bündnispolitik zwischen BürgerInneninitiativen und herrschaftskritischen Bewegungen;
7. offen normativ sein: Sie muss auf die "Frauenbefreiung" (S.65) abzielen und Diskriminierungen und Marginalisierungen entlang der zuvor genannten Differenzlinien verhindern. [41]

Mittels dieser Thesen lässt sich für die partizipative Forschung reflektieren, wie machtkritisch und normativ sie tatsächlich agiert, welche unterschiedlichen Möglichkeiten der Partizipation sie offeriert, welche demokratischen Formen sie dafür nutzt und wie (un-) mittelbar sie im Forschungsprozess mit den BürgerInnen in Kontakt tritt. Für die partizipative Forschung resultiert aus diesen Thesen die Forderung der bedingungslosen Transparenz des Forschungsprozesses, alternative Formen von Partizipation zu ermöglichen, Differenzlinien (wie Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, Klasse etc.) zu ergründen und sowohl Machtverhältnisse, Machtkonzentration und -verteilung als auch hegemoniale Diskurse im Forschungsprozess aufzudecken. [42]

4. Reflexive partizipative Forschung: Eine unverbindliche Gebrauchsanweisung

Aus den bisherigen Überlegungen ist nun klar geworden, dass wir mit partizipativer Forschung einen Forschungsansatz verbinden, der die Veränderung sozialer Praxis anstrebt und nicht bei einer einfachen, funktionalistischen Teilhabe der "Beforschten" endet. Unser Plädoyer für einen erweiterten Demokratiebegriff in der partizipativen Forschung ist gleichzeitig ein Plädoyer dafür, Hierarchie- und Machtverhältnisse in Forschungssettings und -prozessen zu sehen und zu reflektieren. Anstelle eines resümierenden Fazits möchten wir abschließend für eine reflexive partizipative Forschung plädieren und Möglichkeiten aufzeigen, um die angestoßene Diskussion um Macht- und Herrschaftsverhältnisse in partizipative Forschungsprozesse zu transferieren. [43]

Um partizipative Forschung aufmerksamer und sensibler gegenüber bestehenden Macht- und Hierarchieverhältnissen zu machen, möchten wir das Konzept der *beginner's mind* (SUZUKI 2006 [1970]) als Grundhaltung in die Diskussion einbringen. Diese Grundhaltung zeichnet sich im Besonderen durch die Achtsamkeit gegenüber bestehenden Macht- und Herrschaftsstrukturen aus und dient zu deren Dechiffrierung mit dem Ziel, sie nicht zu reproduzieren. Die *beginner's mind* soll dabei helfen, das Verhältnis von Macht und Herrschaft zwischen Forschenden und BürgerInnen als auch zwischen allen Beteiligten zu reflektieren. Trotz einer bereits jahrzehntelang bestehenden Diskussion um die Offenheit des Forschungsprozesses und der Forschenden und unter Berücksichtigung bereits etablierter Prinzipien wie "Offenheit" (HOFFMANN-RIEM 1980; vgl. auch KELLE 1996), "Fremdheit" (KÖNIG 1984; vgl. auch HELFFERICH 2011) und "native's point of view" (vgl. HONER 2007) sehen wir die Notwendigkeit, die *beginner's mind* in die Debatte miteinzubeziehen. Was diese Grundhaltung auszeichnet und wie sie sich von bereits bestehenden Prinzipien abgrenzt, wird nach den Ausführungen zu Überschneidungen und Überlappungen mit anderen Begriffen expliziert werden. [44]

Beginner's mind ist ein Konzept des Zen Buddhismus und wird zudem in der asiatischen Kampfkunst verwendet. Es beinhaltet bereits das Prinzip der Offenheit bzw. setzt dieses voraus. Ohne Offenheit und die Neugierde gegenüber dem "Anderen" ist es nicht möglich, die Position der *beginner's mind* einzunehmen. Dieser Begriff verweist darauf, von vorgefassten Meinungen und "Denktraditionen" Abstand zu nehmen und ein Thema, einen Gegenstand oder einen Bereich aus der Position eines Anfängers/einer Anfängerin zu betrachten. Das eigene (Vor-) Wissen wird dabei als quasi inexistent betrachtet. Es gilt schließlich, eine fremde Sinnggebung zu begreifen. Fremdheit in der qualitativen Forschung ist verbunden mit Respekt vor "anderem" Sinn, "anderer" Logik, "anderem" Fokus (vgl. HELFFERICH 2011, S.131), d.h., *beginner's mind* bedeutet nicht nur die Perspektivenübernahme einer Anfängerin/eines Anfängers, sondern temporär wieder AnfängerIn zu sein. Insofern impliziert es, eine "paternalistische Haltung" des "besser Wissens" oder des "been there, done that" abzulegen: "The most difficult thing is always to keep your beginner's mind" (SUZUKI 2006 [1970], S.22). Das Grundlegende und auch Herausfordernde ist somit die Reduktion, bestenfalls die Suspendierung von bereits bestehendem gesellschaftstheoretischen und -politischen Wissen, um sich von impliziten Inhalten und Vorannahmen zu lösen. Die Vorstellung des leeren Blattes ist hier eine hilfreiche Metapher, ebenso wie die Vorstellung, dass eine Tasse geleert werden muss, bevor sie mit neuem Inhalt gefüllt werden kann, ganz nach dem Motto: "In the beginner's mind there are many possibilities, in the expert's mind there are few" (S.21). Die Konsequenz wäre demnach aber nicht, die eigenen Theorien und Vorannahmen gänzlich zu vergessen, sondern episodisch zur Seite zu stellen, um Platz für Neues zu schaffen. [45]

Beginner's mind ist keine gänzlich "neue" Grundhaltung, sondern es bestehen Überschneidungen mit bereits etablierten Prinzipien. So reicht *beginner's mind*, wie das "Prinzip der Offenheit", in verschiedene Bereiche des Forschungsprozesses und bezieht sich auf die untersuchten Personen, die als

handelnde und interagierende Subjekte betrachtet werden. Des Weiteren bezieht sich *beginner's mind* wie die Offenheit als Grundhaltung auf die Methoden sowie die Untersuchungssituation (vgl. LAMNEK 1995). PRZYBORSKI und WOHLRABSAHR (2009) schreiben in ihrem Arbeitsbuch "Qualitative Sozialforschung", dass Offenheit auch bedeutet, die Vorschläge der BürgerInnen im Zusammenhang mit der Erhebungssituation oder im Hinblick auf die Anlage der Untersuchung aufzugreifen (vgl. S.36). Die Grundhaltung der *beginner's mind* geht hier weiter, indem die BürgerInnen nicht nur als *consultants* gesehen werden, sondern als MitforscherInnen, die ihre eigenen Forschungsinteressen haben und diese gleichberechtigt in den Forschungsprozess einbringen. [46]

Worin besteht nun die Besonderheit der *beginner's mind* in partizipativen Forschungssettings, und wie grenzt sie sich von bereits bestehenden Prinzipien ab? Das Zentrale liegt in der Berücksichtigung der Inkongruenz der Forschungsbeteiligten im Sinne der ungleichen Macht- und Hierarchieverhältnisse. Um den Blick hierauf zu richten, bietet sich die Metapher des "LehrerInnen-SchülerInnen-Verhältnisses" an. Dieses Verhältnis basiert auf einer Hierarchie: SchülerInnen wurden jahrhundertlang lediglich als Objekt von Erziehung und Unterricht betrachtet. Die Aufmerksamkeit der Lehrenden galt allenfalls den Lern- und Aufnahmefähigkeiten sowie den Pflichten der SchülerInnen (vgl. BÖHM 2000, S.475). Aufgrund eines "scheinbar" selbstverständlichen Sachverhalts, dass LehrerInnen mehr wissen als SchülerInnen, entsteht und legitimiert sich ein Macht- und Hierarchiegefüge. Dieses ist in der Grundhaltung der *beginner's mind* existent, denn für AnfängerInnen sind Hierarchien oftmals auch unausgesprochen wahrzunehmen bzw. sichtbar, und genau hierin liegt das Wesentliche dieser Grundhaltung. Ihr ist es fern, machtvoll und hierarchische Verhältnisse zu bestätigen oder deren Existenz zu negieren. Vielmehr zielt sie im Rahmen partizipativer Forschung darauf ab, diese bewusst und sichtbar zu machen, um dann verändernd bzw. mit dem Wissen über die bestehenden Hierarchien demokratisch agieren zu können. Dahinter steht zum einen die These, dass sichtbare Machtstrukturen besser verändert werden können, denn es kann nicht hinterfragt und bekämpft werden, was nicht sichtbar ist. Zum anderen basiert das Ziel transparenter Machtverhältnisse auf der Überlegung, dass Machtausübung auch besteht und wirksam ist, wenn diese latent vollzogen wird. Die Grundhaltung der *beginner's mind* ermöglicht somit die Transparenz und die Reflexion von Hierarchie- und Machtverhältnissen. Diese Möglichkeit ist im Besonderen für die partizipative Forschung von Bedeutung, da wir hier die Gefahr sehen, dass unter dem Deckmantel der Partizipation und der Teilhabe Fragen nach Macht und Hierarchie oftmals "übersehen" bzw. negiert werden. [47]

Die von uns vollzogene Umbenennung der "Beforschten" in BürgerInnen ist ein Resultat dieser Haltung. Die Umbenennung soll auf ein ungleiches Machtgefüge im partizipativen Forschungssetting verweisen, es gleichzeitig thematisieren und schlussendlich eine Veränderung anstreben. Wie bereits im Text deutlich wurde, muss es partizipativer Forschung um die Veränderung sozialer Praxis gehen und nicht um eine reine Teilhabe der "Beforschten" am Forschungsprozess. Denn wenn Letzteres der Fall wäre, würden die Partizipierenden doch nur als

"Informationsquellen" gesehen werden und es ließe sich überspitzt fragen, worin der Mehrwert partizipativer Forschung gegenüber anderen qualitativen Forschungsansätzen läge. [48]

Für eine angemessene Forschungshaltung und -kultur würde dies auch bedeuten, eine Position zu entwickeln, in der systematisch vermieden wird, bekannte Figuren und Stereotype unterschiedlicher Differenzkategorien zu reproduzieren und damit zu reifizieren. Konkret möchten wir folgende Punkte für die partizipative Forschungspraxis vorschlagen. Bei diesen Überlegungen greifen wir die Ausführungen von Regine GILDEMEISTER (2007) zu Entwicklungstendenzen und Perspektiven der Geschlechterforschung für die qualitative Forschung auf und adaptieren diese für die partizipative Forschung: Für die Differenzkategorie Geschlecht schlägt GILDEMEISTER vor, dass vermieden werden soll, Männer und Frauen in essenzialisierender Weise miteinander zu vergleichen oder Geschlecht als fraglose Ressource der Forschung einzusetzen. Dieser Anspruch kann für andere dichotome Gegenüberstellungen wie z.B. "bildungsnahe" vs. "bildungsferne" BürgerInnen formuliert werden. Ein weiterer essenzieller Aspekt aus der Geschlechterforschung, der auch für partizipative Forschung geltend gemacht werden kann, ist, das Alltagswissen um Differenzlinien bei der Entwicklung von Fragestellungen zu kontrollieren. Eine Möglichkeit wäre in diesem Zusammenhang, "Geschlecht" abwechselnd zu thematisieren und dann wieder gezielt auszublenden. Zudem empfehlen wir, Forschungsphasen zeitlich zu entzerren und in bestimmten Phasen der Auswertung das Material auf Hinweise wie Geschlechts- oder Ethnizitätszugehörigkeit etc. der Sprechenden im Text zu verschlüsseln. Dies hat zur Folge, dass Aussagen nicht als stereotype Formen klassifiziert werden können. Ein weiterer Vorschlag aus Sicht der Geschlechterforschung, mit der Differenzkategorie Geschlecht reflexiv umzugehen ist es, Cross-Gender-Aktivitäten und -Räume zu untersuchen, um sich für Vielfalt, Widersprüche und Ambiguität alltäglicher Praxis zu öffnen. Dieser grundlegende Gedanke – Räume und Aktivitäten zum Untersuchungsgegenstand zu machen, in denen Differenzen überschritten werden – kann für die partizipative Forschung als richtungsweisende Erweiterung fungieren, um die Praxis der Unterscheidung selbst zu analysieren. [49]

Für eine reflexiv partizipative Forschung, die ihren demokratisierenden Anspruch konsequent verfolgt, sind – so unser Fazit – folgende Bedingungen zu schaffen:

- Der Forschungsprozess muss transparent sein. Dies beinhaltet, dass die verfolgten Ziele, das konkrete Vorgehen, mögliche Veränderungen und auch die Ergebnisse offen kommuniziert werden. Es dürfen nicht nur ExpertInnen, Schlüsselpersonen und/oder etablierte Gruppen beteiligt werden, sondern es sollten auch wenig sprachfähige Minderheiten und Einzelpersonen einbezogen werden.
- Es sollen unterschiedliche, auch informelle Formen der Partizipation ermöglicht werden, um damit die unterschiedlichen BürgerInnen zu erreichen.

Notwendig ist hierfür, dass ForscherInnen informelle Bezüge und Kontakte zu den BürgerInnen herstellen.

- Differenzen zwischen ForscherInnen und BürgerInnen, aber auch unter den ForscherInnen und unter den BürgerInnen müssen erkannt und anerkannt werden. Dies betrifft auch die daraus resultierenden unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten, Handlungspraxen und Wahrnehmungsschemata.
- Mit Differenzlinien (wie Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit etc.) verbundene Inklusions- und Exklusionsmuster müssen ergründet werden, nicht zuletzt, um im Sinne von Gleichstellung – und nicht von Gleichmachung – damit umzugehen.
- Machtverhältnisse, Machtkonzentration und Machtverteilung, wie auch hegemoniale Diskurse sind im Forschungsprozess bzw. im Gemeinwesen kritisch zu hinterfragen und aufzudecken. In Entscheidungsprozesse müssen unterschiedliche AkteurInnen einbezogen werden. Sie sollten zudem als konsensorientierte Aushandlungsarrangements angelegt werden.
- Die Ergebnispräsentation nach dem Mehrheitsprinzip ist abzulehnen – damit verbieten sich rein quantitative Verfahren von selbst –, sondern es sollten Differenzen in ihrer ganzen Varianz dargestellt werden.
- Demokratiethoretische Überlegungen und Reflexionen müssen kontinuierlicher Bestandteil des Forschungsprozesses sein, um Hierarchie- und Machtverhältnisse nicht zu reproduzieren. [50]

Die kritische Reflexion des wissenschaftlichen Vorgehens spielt jeweils auf der methodischen und der theoretischen Ebene eine bedeutsame Rolle. Für partizipative Forschung bedeutet dies, sowohl den Forschungsprozess als auch das Ergebnis in den "reflexiven" Blick zu nehmen. Mit den oben angestellten Überlegungen zu machttheoretischen Fragen, Demokratiethorie und Geschlechterdemokratie setzen wir bereits eine Stufe früher an. Wir gehen – wie FRIEBERTSHÄUSER (2009) – davon aus, dass sich theoretische Überlegungen im Vorfeld auf die Haltung der Forschenden, auf die Forschungspraxis, den -prozess und die -ergebnisse sowie auf den Umgang unter und mit den BürgerInnen auswirken. [51]

Literatur

Adorno, Theodor W. & Horkheimer, Max (1971). *Dialektik der Aufklärung*. Frankfurt/M.: Fischer.

[Bergold, Jarg](#) & Thomas, Stefan (2010). Partizipative Forschung. In Günther Mey & [Katja Mruck](#) (Hrsg.), *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie* (S.333-344). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Böhm, Winfried (2000). *Wörterbuch der Pädagogik* (14. Aufl.). Stuttgart: Kröner.

Böhnisch, Lothar & Schröer, Wolfgang (2008). Auf dem Weg in die Bürgergesellschaft? In Birgit Bütow, Karl August Chassé & Rainer Hirt (Hrsg.), *Soziale Arbeit nach dem Sozialpädagogischen Jahrhundert. Positionsbestimmungen Sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat* (S.93-106). Opladen: Barbara Budrich.

Bourdieu, Pierre (2005 [1998]). *Die männliche Herrschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

BPB – Bundeszentrale für politische Bildung (2010). Politiklexikon: *Partizipation*, http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=XV4ZZA [Datum des Zugriffs: 11.6.10].

- Detjen, Joachim (2001). Leitbilder der Demokratie-Erziehung: Reflektierte Zuschauer – interventionsfähige Bürger – Aktivbürger. In Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Veranstaltungsdokumentation* (Oktober 2001), http://www.bpb.de/veranstaltungen/P9KG4D.0.0.Leitbilder_der_DemokratieErziehung_%3A_Reflektierte_Zuschauer_%96_interventionsf%4E4hige_B%FCrger_%96_Aktiv%FCrger.html [Datum des Zugriffs: 11.6.10].
- DGSA – Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit, Sektion Gemeinwesenarbeit (2010). *DVD-Film Gemeinwesenarbeit Deutschland, Schweiz, Österreich*. Wien: Forschung – Entwicklung – Lehre.
- Döge, Peter (2003). Geschlechterdemokratie als Kritik an hegemonialer Männlichkeit. In Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), *Geschlechterdemokratie wagen* (S.90-100). Königstein/Taunus: Ulrike Helmer.
- Friebertshäuser, Barbara (2009). Verstehen als methodische Herausforderung für eine reflexive empirische Forderung. In Barbara Friebertshäuser, Markus Rieger-Ladich & Lothar Wigger (Hrsg.), *Reflexive Erziehungswissenschaft – Forschungsperspektiven im Anschluss an Pierre Bourdieu* (S.229-250). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Friebertshäuser, Barbara; Rieger-Ladich, Markus & Wigger, Lothar (Hrsg.) (2009). *Reflexive Erziehungswissenschaft – Forschungsperspektiven im Anschluss an Pierre Bourdieu*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Geißel, Brigitte & Penrose, Virginia (2003). Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung – Politische Partizipation von Frauen und Männern. *gender ... politik ... online*, http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/geissel_penrose/geissel_penrose.pdf [Datum des Zugriffs: 11.6.10].
- Gildemeister, Regine (2007). Geschlechterforschung (gender studies). In Uwe Flick, Ernst von Kardoff, & Ines Steinke, (Hrsg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (S.213-224). Hamburg: Rowohlt.
- Haag, Fritz; Krüger, Helga; Schwärzel, Wiltrud & Wildt, Johannes (Hrsg.) (1975). *Aktionsforschung. Forschungsstrategien, Forschungsfelder und Forschungspläne*. München: Juventa.
- Hanschitz, Rudolf-Christian; Schmidt, Esther & Schwarz, Guido (2009). *Transdisziplinarität in Forschung und Praxis: Chancen und Risiken partizipativer Prozesse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Helfferich, Cornelia (2001). *Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews* (4. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hepp, Rolf-Dieter (2009). Das Feld der Bildung in der Soziologie Pierre Bourdieus: Systematische Vorüberlegungen. In Barbara Friebertshäuser, Markus Rieger-Ladich & Lothar Wigger (Hrsg.), *Reflexive Erziehungswissenschaft – Forschungsperspektiven im Anschluss an Pierre Bourdieu* (S.21-40). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hoffmann-Riem, Christa (1980). Die Sozialforschung einer interpretativen Soziologie. Der Datengewinn. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 32, 339-372.
- Holland-Cunz, Barbara (2003). Sieben Thesen zu einer feministischen Theorie der Demokratie. In Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), *Geschlechterdemokratie wagen* (S.52-69). Königstein/Taunus: Ulrike Helmer.
- Holland-Cunz, Barbara (2004). *Demokratie – StaatsbürgerInnenschaft – Partizipation*. In Sieglinde K. Rosenberger & Birgit Sauer (Hrsg.), *Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven* (S.127-148). Wien: WUV Facultas.
- Honer, Anne (2007). *Lebensweltanalyse in der Ethnographie*. In Uwe Flick, Ernst von Kardoff & Ines Steinke (Hrsg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (S.194-204). Hamburg: Rowohlt.
- Honneth, Axel (1994). *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Kelle, Udo (1996). Die Bedeutung theoretischen Vorwissens in der Methodologie der Grounded Theory. In Rainer Strobl & Andreas Böttger (Hrsg.), *Wahre Geschichten? Zur Theorie und Praxis qualitativer Interviews* (S.23-48). Baden Baden: Nomos.
- König, Rene (1984). Soziologie und Ethnologie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 26: Ethnologie als Sozialwissenschaft, 17-35.
- Lamnek, Siegfried (1995). *Qualitative Sozialforschung. Bd. 2, Methoden und Techniken* (3. Aufl.). Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- Lessenich, Stephan (2008). *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld. Transcript Verlag.

Lijphart, Arend (1999). *Patterns of democracy: Government forms and performance in thirty-six countries*. New Haven: Yale University Press.

Maihofer, Andrea (1995). *Geschlecht als Existenzweise*. Frankfurt/M.: Ulrike Helmer.

Maihofer, Andrea (2009). Dialektik der Aufklärung. Die Entstehung der modernen Gleichheitsidee, des Diskurses der qualitativen Geschlechterdifferenz und der Rassentheorien. *Zeitschrift für Menschenrechte – Journal for Human Rights*, 1, 20-36.

Moser, Sonja (2010). *Beteiligt sein. Partizipation aus der Sicht von Jugendlichen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Przyborski, Aglaja & Wohlrab-Sahr, Monika (2009). *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*. München: Oldenbourg.

Schmidt, Manfred G. (2000). *Demokratiethorien: Eine Einführung*. Opladen: Leske & Budrich.

Schultze, Rainer-Olaf (2004). Demokratie. In Dieter Nohlen & Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.), *Lexikon der Politikwissenschaft* (Bd.1, S.124-127). München: H.C. Beck.

Seifert, Ruth (2001). Macht, Wissen, Subjektivität: Feministische Bezüge auf diskursanalytische Ansätze – Entwicklungslinien und Probleme der feministischen Theoriebildung. Warum an der Rationalität kein Weg vorbeiführt. In Martina Althoff, Mechthild Bereswill & Birgit Riegraf (Hrsg.), *Feministische Methodologien und Methoden* (S.237-241). Opladen: Leske & Budrich.

Suzuki, Shunryū (2006 [1970]). Zen mind, beginner's mind. In Trudy Dixon & Richard Baker (Hrsg.), *Zen mind, beginner's mind* (S.21-138). New York: Weatherhill.

Tocqueville, Alexis De (1985). *Über die Demokratie in Amerika*. Stuttgart: Reclam.

Whyte, William Foote (1996 [1943]). *Die Street Corner Society. Die Sozialstruktur eines Italienviertels*. Berlin/New York: De Gruyter.

Zimmermann, Arthur (2006). Mainstreaming Participation. Instrumente zur AkteursAnalyse. 10 Bausteine für die partizipative Gestaltung von Kooperationssystemen. In Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (Hrsg.), *Förderung partizipativer Entwicklung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit* (S.9-63). Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).

Zu den Autorinnen und zum Autor

Monika GÖTSCH, Dipl. Soz. Päd./Soz. Arb. (FH) (*1965), seit 2009 Kollegiatin des Graduiertenkollegs der Gender Studies der Universität CH-Basel, Mitglied der Peer-Mentoring-Gruppe "QUALIZüri – Forschungswerkstatt für qualitative Sozialforschung" an der Universität Zürich, Lehrbeauftragte der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit in Freiburg für Gender/Gender Mainstreaming, Promotionsstipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Informatik und Gesellschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Projekt "Weltbilder der Informatik". Themenschwerpunkte: Soziologie, heteronormative und universitäre Sozialisation, Gendertheorien (in der Sozialarbeit), Gender Mainstreaming, Gender und Zivilgesellschaft, qualitative Sozialforschung.

Kontakt:

Monika Götsch

Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Institut für Informatik und Gesellschaft im
Projekt "Weltbilder der Informatik"
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Friedrichstraße 50
D-79085 Freiburg

Tel.: 0049 761 203 4953

E-Mail: monika.goetsch@modell.iig.uni-freiburg.de

Sabine KLINGER, Mag. (*1982), seit 2009
Kollegiatin des Promotionskollegs
"Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld von
Arbeit, Organisation und Demokratie" an der
Philipps-Universität Marburg, seit 2009 Kollegiatin
des Graduiertenkollegs der Gender Studies der
Universität CH-Basel, Mitglied der Peer-Mentoring-
Gruppe "QUALIzürri – Forschungswerkstatt für
qualitative Sozialforschung" an der Universität
Zürich, Promotionsstipendiatin der Hans-Böckler-
Stiftung. Themenschwerpunkte: Sozialisations-
und Bildungsforschung, Geschlechterforschung
und Gendertheorien, feministische Mädchenarbeit,
qualitative Sozialforschung.

Kontakt:

Sabine Klinger

Interdisziplinäres Promotionskolleg
"Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld
von Arbeit, Organisation und Demokratie"
Philipps-Universität Marburg
Wilhelm-Röpke-Straße 6k
D-35032 Marburg

Tel.: 0049 06421 28 24807

E-Mail: sabine.klinger@staff.uni-marburg.de

Andreas THIESEN, Dr. phil., M.A. (*1979),
Verwaltungsprofessor für Planung und
Entwicklung Sozialer Arbeit an der Hochschule für
Angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) in
Holzminden. Themenschwerpunkte: Planung und
Entwicklung Sozialer Arbeit, Diversity Studies,
Stadtsoziologie, qualitative Sozialforschung.

Kontakt:

Andreas Thiesen

HAWK – Hochschule
Hildesheim/Holzminden/Göttingen
Fakultät Management, Soziale Arbeit, Bauen
Studiengänge Soziale Arbeit
Haarmannplatz 3
D-37603 Holzminden

Tel.: 0049 5531 126174

E-Mail: Thiesen@hawk-hhg.de

Zitation

Götsch, Monika; Klinger, Sabine & Thiesen, Andreas (2011). "Stars in der Manege?"
Demokratiethoretische Überlegungen zur Dynamik partizipativer Forschung [51 Absätze]. *Forum
Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, 13(1), Art. 4,
<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs120140>.